

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schriftleitung u. Geschäftsstelle Dresden-N. 1, Gr. Zwingerstr. 16. Auf 14574 u. 21 295.
Postfach-Konto Dresden 2496 / Staatsbank-Konto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.,
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Restameile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Zeitungsliste der Staatsschuldenverwaltung, Holzplanzen-Verkaufsliste der Staatsschuldenverwaltung.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Bied in Dresden.

Nr. 53

Dresden, Donnerstag, 3. März

1932

Dr. Goerdeler über Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Rönigsberg, 2. März.
In einer Versammlung ging der Reichskommissar Dr. Goerdeler insbesondere auf die Möglichkeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein. Zurzeit würden vom Reich und den Gemeinden jährlich rund 3,5 Milliarden Mark für Arbeitslose ausgegeben. Bei einer Zusammenlegung von Arbeitslosenfürsorge, Krisenfürsorge und Wohlfahrtsfürsorge sei mit einer Ersparnis von 300-500 Millionen Reichsmark zu rechnen. Ferner gebe eine elapsiertere Gestaltung der Tarifpolitik gewisse Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung. Dr. Goerdeler ging weiter auf den freiwilligen Arbeitsdienst ein, in dessen Rahmen 150- bis 200.000 Menschen Arbeit finden könnten. Als weitere Möglichkeit der Bekämpfung des Arbeitsmarktes käme die Schaffung zusätzlicher Arbeit in Betracht, z. B. durch Aufforderung von 1 Million Morgen Land; das gäbe Arbeit für 300.000 Menschen. Zur Beschaffung der Mittel könnten die Gesellschaften für öffentliche Arbeiten herangezogen werden. Alle diese Maßnahmen seien aber nur möglich auf der Basis gesicherter öffentlicher Einnahmen. Das Ziel aller in Betracht kommenden Maßnahmen müsse sein eine Belebung der Kaufkraft, die aufgebaut werde auf vermehrter Produktion.

Neue Devienschiebung aufgedeckt.

Berlin, 2. März.
Wegen Vergehens gegen das Deviensgesetz ist heute der Kaufmann Ringwald, wohnhaft Berlin, Kaufmannsring, von Beamten der Zollabteilung Halle verhaftet worden. Ringwald wird beschuldigt, in Verbindung mit dem Direktor einer Kammersamer Bank Vermögenswerten der Deutschen Reichsbahn aus Holland nach Berlin auf den Markt gebracht und die hierfür eingekassierten Summen wieder nach Holland verschoben zu haben. Inzwischen dürften bei diesen Transaktionen etwa 800.000 RM. umgelegt worden sein. Der mitbeteiligte Holländer konnte noch nicht ermittelt werden.

Strafanträge im Schultheißenprozess.

Berlin, 2. März.
Im Schultheißenprozess stellte Oberstaatsanwalt Sturm folgende Strafanträge gegen das frühere Generaldirektorium des Schultheißenkollegiums:
Wegen Kapazitätsverstoßes wurde wegen Bilanzverschleierung, Unreue und Prospektbetrugs ein Jahr sechs Monate Gefängnis und 50.000 M. Geldstrafe, gegen den Angeklagten Penzlin wegen Bilanzverschleierung und Prospektbetrugs sieben Monate Gefängnis und 20.000 M. Geldstrafe beantragt. Gegen die übrigen Angeklagten wurde wegen Bilanzverschleierung beantragt: gegen Dr. Soderheim vier Monate Gefängnis und 10.000 M. Geldstrafe, gegen Kuhlmeier zwei Monate Gefängnis und 10.000 M. und gegen Junke 20.000 M. Geldstrafe.

Die Abipaltungsbewegung in der Deutschen Volkspartei.

Dortmund, 2. März.
In einer Sitzung, auf der die größten Ortsgruppen der Wählervereinsorganisation Westfalen-Süd der Deutschen Volkspartei vertreten waren, wurde festgestellt, daß die Mehrheit des Wahlkreises gewillt sei, geschlossen der Deutschen Volkspartei treu zu bleiben. Der Spitzenkandidat des Wahlkreises, Reichstagsabgeordneter Winnefeld, ist gebeten worden, vorläufig den Vorsitz im Wahlkreis zu übernehmen.

Am Ditters Kriegsdienst.

Hamburg, 2. März.
Im „Hamburger Echo“ war ein Artikel „Kamerad Dittler“ beiseite, erschienen, der sich mit dem Kriegsdienst Ditters beschäftigte. Dittler hatte gegen das Blatt eine einseitige, die weitere Verbreitung des Artikels untersagende Verfügung erwirkt, gegen die das „Hamburger Echo“ Einspruch erhob. In der heutigen Verhandlung über den Einspruch erklärte der Rechtsanwalt Dittler, gegen die Verfügungen von 17 Offizieren und Mannschaften des bayerischen Regiments, der dem Dittler im Felde stand, Dittler habe die ihm an dem gewordenen Aufzeichnungen mit voller Berechtigung erhalten. Der

Ein Erlass des Reichsministers des Innern über die Zensur von Wahlplakaten.

Berlin, 2. März.
Reichsinnenminister Goerner hat an die Länderregierungen einen Rundbrief gerichtet, in dem er vorschlägt, zur Vereinfachung der Wahlvorbereitungen eine Zensurstelle für die Plakatszenen zu schaffen.
Aus Kreisen des Reichsinnenministeriums wird dazu erklärt, daß die praktische Durchführung der einzelnen Landesregierungen überlassen bleiben soll. So wird vorausichtlich für Preußen angelehnt der zämielichen Ausdehnung eine einzelne Zentrale nicht zu schaffen sein. Man will in Preußen die Regelung der Plakatszenen in der Form vornehmen, daß die vom Berliner Polizeipräsidenten genehmigten Plakate für ganz Preußen zugelassen sind.

Ein Aufruf für den amtlichen Wahlzettel.

Berlin, 2. März.
Den Länderregierungen ist dieser Tage ein Aufruf des amtlichen Wahlzettel für die Reichspräsidentenwahl zugeleitet worden. Die Kandidaten sind in der Reihenfolge: Brüderberg, v. Hindenburg, Dittler, Thälmann und Winter aufgeführt. Reichspräsident v. Hindenburg ist an zweiter Stelle aufgeführt, weil er, ebenso wie bei der Wahl 1925, seine Annahmeerklärung mit „Paul v. Hindenburg“ und nicht mit „v. Hindenburg“ unterzeichnet hat. Die offizielle Herausgabe des amtlichen Wahlzettels dürfte kurz bevorstehen.

Eine nationalsozialistische Verteilung der Reichsregierung.

Berlin, 2. März.
Die „Tägliche Rundschau“ teilt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit heute auf eine Rede, die der Nationalsozialist Werner am Sonntag in einer Parteiverammlung in Wernersünde gehalten hat. Das Blatt zitiert den Bericht einer rechtsstehenden Zeitung in Rostock. Danach hat der Redner erklärt, wie dieses Regierungssystem am Volke handle, könne er heute zum ersten Male öffentlich aussprechen als authentische Wahrheit, die er jederzeit belegen könne, und deren Widerschein das Verhalten in der Reichstagsdebatte zeige.“ Im Anschluß an diese Ausführungen erklärte der Nationalsozialist, die deutsche Reichsregierung habe die Absicht, die Grenze an die Ober zurückzuberücken. Die Versammlung habe unter dem Eindruck dieser ungeheuerlichen Behauptung gestanden.
Die Wollf-Werkschäftler, bei inwischen der Reichsinnenminister bereits mit der medienburauischen Landesregierung in Verbindung genommen und ihr nahegelegt, ein Redeverbot gegen Werner zu veranlassen. Es ist anzunehmen, daß noch weitere Schritte folgen werden, um beratige Verteilungen der Reichsregierung zu verhindern und für die Zukunft zu verhindern.

Wahlaufruf des Vorstandes des ADG für Hindenburg.

Berlin, 2. März.
Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes erklärt zur bevorstehenden Reichspräsidentenwahl einen Aufruf, in dem es heißt:
Im ganzen Reich rufen die Anhänger der sozialistischen Diktatur seit Monaten zum entscheidenden Schlag gegen Volkrechte und Demokratie. Vertreter des „Hamburger Echo“ verlas dagegen ein Telegramm eines Leutnants der Reserve namens Reinhardt, in dem dieser sich anbietet zu beidigen, daß Dittler bis zu seiner Granatvergiftung im Jahre 1918 händig Regimentsordnungen und niemals im Schützengraben gewesen sei. Im übrigen, so führte der Vertreter des „Hamburger Echo“ weiter aus, sei es nicht im Sinne der Ausführungen des umstrittenen Artikels gelegen, daß Regierungsrat Dittler im Felde nicht seine Pflicht getan hätte.“ Der Artikel wollte lediglich darauf hinweisen, daß Dittler nicht der besondere Held sei, der nun mit

Sie wollen die Grundrechte der republikanischen Verfassung im Reich und in den Ländern zertümmern, um ihre unumschränkte Herrschaft über Beamte, Angestellte und Arbeiter ausüben zu können.
Beamtet! Wollt Ihr auf Gnade und Ungnade den faschistischen Gewalttätigkeiten und ihren Terrorbanden ausgesetzt sein? Wollt Ihr Eurer durch Krieg, Inflation und Wirtschaftskrise erschütterten Existenz den letzten Halt rauben lassen? Wollt Ihr die Wahrung Eurer durch die republikanische Reichsverfassung anerkannten Grundrechte in die Hände jener legen, die noch vor kurzem in Harburg die Einheitsfront mit den Vertretern des monopolistischen Großkapitals errichteten? Der 13. März entscheidet auch über Euer und Eurer Familien Schicksal. Wer in der Stunde höchster Not und Gefahr als Beamter der Republik verfaßt, wer Hitler, Thälmann, Brüderberg oder einem anderen Kandidaten als Hindenburg seine Stimme gibt, der trägt die Verantwortung für die Zukunft der Republik und der deutschen Nation zum Sieg!

Wahlaufruf der Nationalsozialisten.

München, 2. März.
Die Reichsleitung der NSDAP hat einen Aufruf zur Reichspräsidentenwahl erlassen, in dem das deutsche Volk nach scharfer Kritik der Politik der letzten dreizehn Jahre aufgefordert wird, am 13. März die Wahl zu halten mit dem ganzen System, das für die Politik verantwortlich ist. Es heißt in dem Aufruf dann weiterhin: Am 13. März, dem Tage, an dem vor zwei Jahren Hindenburg seinen Namen unter die von diesem System angenommenen Young-Gesetze schrieb, die das deutsche Volk gebracht haben, greift das letzte Lebensrecht annehmende junge Deutschland, werfend in seinem Führer Adolf Hitler, nach der Macht im Staate und wird die alten, zu neuem Leben untauglichen Parteigebilde hinweglegen. Der Führer unserer nationalsozialistischen Freiheitsbewegung, die sein Ziel ist, der zwölf Jahre lang mit ihm um die Seele seines Volkes im Namen Deutschlands gerungen hat, fordert heute im Namen dieses Volkes das System in die Schranken. Wir wissen, daß das Volk, für das er kämpft, in dieser Stunde zu ihm steht, um mit ihm für die deutsche Nation zu kämpfen und zu siegen.

Dr. Heim zur Wahl.

Schefflitz (Oberfranken), 2. März.
In einer Massenversammlung des Oberfränkischen Bauernvereins führte Geheimrat Dr. Heim zur Reichspräsidentenwahl u. a. aus: Wir brauchen einen Mann, der über den Parteien steht. Darum wähle ich Hindenburg, weil er als oberster Hüter und Wächter des Reiches bei allen Gegensätzen aller Parteien stehen kann und alle Gegensätze überbrückt. Bei jedem anderen Kandidaten ist das Gegenteil der Fall. Wir brauchen in dieser trostlosen Lage Deutschlands einen Mann, der mit Ernst und Würde und im Vertrauen auf Gott seine schwere Arbeit erkennt, und das ist Hindenburg. Und wir geben unsere Stimme dem Mann, dem wir seit 1925 gegeben haben, dem Vater Deutschlands, der Deutschland vor dem Einfall der Fremde bewahrt hat. Wir wählen den Mann, der wie ein Fels in der Brandung der Leidenschollen mit ruhigem Gleichmut und liebevollem Herzen steht. Der 13. März 1932 entscheidet Deutschlands Schicksal. In euren Häusern

steht die Wahl zwischen Tod und Leben, Weichen oder Verderben, Aufstieg oder Niedergang. (Stürmischer Beifall!)

Die Achtzigjährigen.

Berlin, 2. März.
Unter dieser Überschrift veröffentlicht der „Jungdeutsche“ heute einen Aufruf, in dem er sich zunächst mit der Behauptung auseinandersetzt, daß Reichspräsident v. Hindenburg infolge seines Alters nicht mehr in der Lage sei, eigene politische Entschlüsse zu fassen, Behauptungen, die trotz ihrer Unrichtigkeit immer wieder und „geheimlich“ und „mit voller Absicht“ aufgestellt werden.
Der „Jungdeutsche“ weist darauf hin, daß es in der Politik wie im Leben überhaupt „wanigjährige Greise und achtzigjährige Jünglinge“ gibt und führt zum Beweis eine Reihe von Männern an, die in der deutschen Geschichte eine bedeutende, ja überragende Rolle gespielt haben. So der alte Kaiser Wilhelm I., der 92 Jahre alt wurde, so Bismarck, der noch als 88-jähriger Chef des Generalstabs war, so Bismarck selbst, der noch als 80-jähriger nach seinem Ausscheiden aus dem Amt die Politik des Reiches mit Interesse und Sorge verfolgte.

Am Gelebten und Dichtern nennt der Aufruf u. a. Goethe, Kant, Voltaire, Newton und Carlyle, die alle noch im Alter von über 80 Jahren Bedeutendes geleistet haben.
Auch Techniker und Erfinder, wie z. B. Graf Zeppelin, Karl Benz und Wilhelm Röntgen, Robert Koch und Thomas A. Edison erreichten dies oder ein noch höheres Alter.
Warum sollte, so fragt der „Jungdeutsche“ Hindenburg weniger leistungsfähig sein als die anderen großen Geister der Geschichte? Die körperliche Rüstigkeit des Reichspräsidenten, der alljährlich in Dittmarsch der Jagd nachgeht, sei bekannt. Doch er auch geistig völlig frisch sei, werde durch seine verschiedenen schriftlichen und mündlichen Äußerungen zur Politik und durch die immer erneute Betonung der ihm selbst zuzulegenden Aufgabe, Treuhänder des Volkes zu sein, bewiesen.

Wenn Hitler der Auffassung Ausdruck verleihen würde, daß Hindenburg zu alt sei, so ließe dazu in merkwürdigem Gegensatz die Tatsache, daß er an diesen „alten Mann“ jenen offenen Brief geschrieben habe, in dem er um eine rituelle Kampfesweise gebeten habe. Zu einem allerdings sei, so meint der „Jungdeutsche“, Hindenburg zu alt. Rätlich, unüberlegte und unverantwortliche Handlungen zu begehen.
Der Artikel schließt: Wenn man wirklich rituell kämpfen will, dann muß man anerkennen, daß das Alter keine Rolle spielt, dann muß man die Persönlichkeiten werten und die Kraft, die von einem Manne ausgeht. Tut man das aber, so gibt es keinen Zweifel mehr. Dann sind all die anderen Kandidaten ein Nichts gegen Hindenburg.“

Keine weitere Kürzung der Beamtengehälter.

Berlin, 3. März.
Die Hauptgeschäftsstelle der Hindenburg-Ausschüsse teilt mit: In durchsichtigen Worten ist erneut das Gerücht verbreitet worden, daß eine weitere Kürzung der Beamtengehälter in mehreren Raten bei den in Frage kommenden Reichsrentnern erörtert wird. Nach Anfrage beim Reichsminister der Finanzen kann erklärt werden, daß dieses Gerücht, das offenbar aufgestellt wird, um in der Beamtenenschaft Unruhe zu erregen, aller tatsächlichen Gründe entbehrt.

Die Entscheidung des Gerichts soll am 9. März verhängt werden.

Abklärung des Verdachts des „Illustrierten Beobachters“.
Wie der „Illustrierte Beobachter“ meldet, hat das Reichsgericht das von der Rändner Polizeidirektion ursprünglich auf drei Wochen verhängte Verbot des „Illustrierten Beobachters“ auf die Zeit bis zum 7. März befristet.
Sturm auf Kohlenhalden.
Der hiesigen Zeche „Klein 1“ der Vereinigten Stahlwerke des Saale (Schlema) wurden am Dienstag von annähernd 500 Personen an verschiedenen Stellen zugleich gekürrt. Die Polizei hat dreißig Personen festgenommen.

besonderem Glanze als Kriegsheld strahle.“ Das „Hamburger Echo“ wäre bereit gewesen, den Namen jenes Gewährsmannes bekanntzugeben, wenn es nicht in einer Äußerung des gegenwärtigen Anwalts — man solle mit dem Namen herauskommen, damit wir ihm entsprechend begegnen können — eine Bedrohung des Gewährsmannes erwidern müßte.
Der Rändner Kaufmann Horn, Vorstand der Reserve, motivierte die Tatsache, daß Dittler es im Felde nur bis zum Gefreiten brachte, damit, daß das Regiment die beste Gefechtsordnung hätte hergeben müssen, wenn man Dittler zum Unteroffizier befördert hätte.

Die Entscheidung des Gerichts soll am 9. März verhängt werden.

Abklärung des Verdachts des „Illustrierten Beobachters“.
Wie der „Illustrierte Beobachter“ meldet, hat das Reichsgericht das von der Rändner Polizeidirektion ursprünglich auf drei Wochen verhängte Verbot des „Illustrierten Beobachters“ auf die Zeit bis zum 7. März befristet.
Sturm auf Kohlenhalden.
Der hiesigen Zeche „Klein 1“ der Vereinigten Stahlwerke des Saale (Schlema) wurden am Dienstag von annähernd 500 Personen an verschiedenen Stellen zugleich gekürrt. Die Polizei hat dreißig Personen festgenommen.